

Danziger Zeitung

Nr 18105.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Reiterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaisert. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gepaltenen gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 23. Jan. (Privattele.) Fürst Bismarck wird heute Abend erwartet. Ob er in den Reichstag kommt, weiß niemand. Wenn den Nachbarn die dritte Lesung des Socialistengesetzes fertig wird, soll der Reichstag sofort geschlossen werden.

Paris, 23. Januar. (W. T.) In der Mine Ducourt sind in Folge des Versagens der Aufzugbremse ausfahrende Bergarbeiter verunglückt. Vier derselben sind todt, zwanzig verwundet, davon fünfzehn schwer; drei blieben unverletzt.

Brüssel, 23. Jan. (W. T.) Das Handelsgericht hat entschieden, die Ansprüche der Kohlengrubenarbeiter seien nicht als ein Fall höherer Gewalt zu behandeln und könnten die Bergwerke von ihren eingegangenen Verpflichtungen nicht entbinden.

Politische Uebersicht.

Danzig, 23. Januar.

Gegen die Socialdemokratie und gegen ihre Begünstiger.

So soll nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ die neue Wahlparole lauten. Es ist ein besonders günstiges Zusammentreffen, daß die Bekanntmachung dieser Wahlparole in demselben Augenblicke erfolgt, wo der Reichstag in die zweite Beratung des Socialistengesetzes eintritt. Denn wenn es wirklich Ernst ist mit dem Kampf gegen die Socialdemokratie, der hat hier die beste Gelegenheit, durch ein Votum gegen jedes Ausnahmegegesetz seiner Ueberzeugung Ausdruck zu geben. Bekanntlich hat die Regierung bis zum Jahre 1878 mit der Socialdemokratie geliebäugelt, um dieselbe gegen den bürgerlichen Liberalismus ins Feld zu führen. Nachdem das mißlungen, wurden die Attentate benutzt, um unter dem Rumpfspruch „Gegen die Socialdemokratie“ die liberale Partei an die Wand zu drücken. Wie gefährlich es ist, der Regierung in ihrer Methode in den Kampf gegen die Socialdemokratie zu folgen, darüber kann heute niemand mehr zweifeln. Trotz des Ausnahmegesetzes ist die socialdemokratische Partei numerisch und moralisch stärker als je. Selbst wenn es gelänge, sie gänzlich aus dem Parlament auszuschließen, so würde die einzige Wirkung nur die sein, daß man die Führer der Partei verdrängte, im Reichstage Reden zu halten. Nicht einen Rückgang, sondern einen neuen Aufschwung der Partei würde ein Ausschluß von der Tribüne des Reichstages hervorgerufen.

Im Grunde freilich denkt die „Nordd. Allg. Ztg.“ über ihr Inspirator bei dieser Parole viel weniger an die Socialdemokratie, als an die Freisinnigen. Vor wenigen Jahren hatte der Reichskanzler nichts dagegen, daß Regierungspräsidenten in Wahlversammlungen versicherten, ihm seien zehn Socialdemokraten lieber wie ein Freisinniger. Weshalb die Regierung die Deutschfreisinnigen bekämpft, obgleich sie nicht zu den Antisparteiern gehören, zeigt am besten der Vorgang von 1878. Nachdem angeblich gegen die Socialdemokratie eine große Regierungsmehrheit geschaffen worden, wurde nicht nur ein Ausnahmegegesetz gegen die Socialdemokraten erlassen, sondern auch die ganze Wirtschaftspolitikk auf den Kopf gestellt und der Weg eingeschlagen, dessen Ende die Finanzpolitik des Ministers v. Scholz bezeichnen. Eine Regierung, die dahin kommt, 80 Millionen Ueberflüsse aus neuen Steuern lediglich zur Schuldentilgung zu verwenden, anstatt, wie sie versprochen, die Steuerlast, welche vorzugsweise den Arbeiterbezirken trifft, zu erleichtern, stellt sich damit selbst ein Unfähigkeitseignis. Die Behauptung des Herrn v. Bismarck, daß unser Volk, die Freisinnigen eingeschlossen, mit unseren wirtschaftlichen und politischen Zuständen durchaus zufrieden sei, entspricht der wirklichen Lage nicht. Schon im Jahre 1887 war bekanntlich die Zahl der Unzufriedenen größer als die der Zufriedenen. Ob seitdem die Zahl der letzteren sich vermindert oder vermehrt hat, wie Oberpräsident v. Bennigsen behauptet, wird ja der 20. Februar erweisen.

Der Beginn der zweiten Beratung des Socialistengesetzes.

Hat zwar zu recht lebhaften Debatten geführt, aber diejenigen entzündet, die sich auf einen großen parlamentarischen Tag stiftung gemacht hatten. Man ist schreidt man uns, vollständig darüber im Klaren, daß das Gesetz in zweiter Lesung unverändert nach den Beschlüssen der Commission angenommen wird, natürlich ohne Beschlußfassung über das ganze Gesetz, da eine solche in der zweiten Lesung gesetzlich geordnetem Verfahren überhaupt nicht stattfinden kann. Den Standpunkt der Regierung zu den Anträgen der Commission bezeichnen die vier Abänderungen, welche die deutschconservative Partei beantragt. Danach soll die Bestimmung des § 13, wonach die Erhebung der Beschwerde gegen das Verbot einer Druckschrift ausbleibende Wirkung hat, wenn die Beschwerde sich gegen das Verbot des ferneren Erscheinens richtet, durch die Bestimmung der Regierungsvorlage ersetzt werden, daß die Beschwerde keine ausbleibende Wirkung hat. Ein weiterer Antrag will die Bestimmung der Vorlage wieder herstellen, wonach die Beschwerdecomission in nicht öffentlicher Sitzung verhandelt; ferner soll der von der Commission beschlossene Zusatz wegfallen, wonach der Beschwerdeführer befugt ist, sich jederzeit des Rechtsbeistandes eines Rechtsanwalts zu bedienen oder sich durch einen solchen vertreten zu lassen. Endlich beantragen die Conservativen die Wiederherstellung des § 24, d. h.

die Wiederaufnahme der Ausweisungsbefugnis im Gebiete des kleinen Belagerungszustandes. Auf die Annahme dieser Anträge ist bei der Haltung der Nationalliberalen nicht zu rechnen. Unter dieser Voraussetzung glaubt die nationalliberale Partei darüber im Klaren zu sein, daß die Regierung auf einer dritten Lesung des Socialistengesetzes nicht bestehen wird.

Von der Teilnahme des Reichskanzlers an der Beratung ist es wieder ganz still geworden; man wollte gestern sogar wissen, daß die Abreise des Fürsten Bismarck von Friedrichsruh erst für Ende dieser Woche in Aussicht steht. Falls bis dahin die zweite Lesung des Socialistengesetzes und die dritte Lesung des Etats beendet ist, erwartet man den sofortigen Schluss der Session, da weiteres Arbeitsmaterial nicht vorliegt.

Finanzminister v. Scholz.

hat zwar gestern im Abgeordnetenhaus alle Anregungen, sich über die Absichten der Regierung betreffend die Einkommensteuerreform auszulassen, mit Abschlüssen von der Hand gewiesen, dagegen konnte er nicht umhin, den Volkschuldenlehrern eine kleine Ueberraschung zu bereiten, indem er die Mitteilung der Thronrede, daß eine Erhöhung der Gehälter der mittleren und unteren Beamten in Aussicht genommen sei, dahin interpretierte, daß an dieser Erhöhung auch die Volksschullehrer theilnehmen würden. Man möchte fast vermuten, daß die Unzufriedenheit, welche der neue Etat in Lehrkreisen hervorgerufen hat, den Anstoß zu dieser erweiterten Interpretation gegeben. Minister v. Scholz suchte zwar die Berücksichtigung der Lehrer als selbstverständlich hinzustellen, indem er auf Artikel 23 der preussischen Verfassung verwies, wonach die öffentlichen Lehrer die Rechte und Pflichten der Staatsbediensteten haben. Ob die Regierung auf Grund dieser Bestimmung und deren Auslegung durch den Minister v. Scholz nun auch bereit sein wird, die öffentlichen Lehrer bezüglich des Pensionswesens und der Relictenversorgung den Beamten gleichzustellen, ist eine andere Frage. Im übrigen wird die Regierung nach dem Verlauf der Etatsdebatten nicht mehr darüber im Zweifel sein, daß das Abgeordnetenhaus der Erhöhung der Gehälter und der vorläufigen Deckung aus dem Reservefonds von 18 Millionen zustimmt und daß demnach kein Grund vorliegt, die Ausarbeitung des bezüglichen Nachtragsgesetzes zu verzögern.

Zum Tode des Herrn v. Franksenstein.

Bei Beginn der gestrigen Reichstagsitzung theilte der Präsident den gestrigen Morgen 11 Uhr erfolgten Tod des Freiherrn v. Franksenstein mit. Der Kaiser, der schon im Laufe des Vormittags vorherfahren war und durch seine Adjutanten sich nach dem Befinden hatte erkundigen lassen, stieg im Laufe des Nachmittags der Witwe des Verstorbenen einen Beileidsbesuch ab. In Freiherrn v. Franksenstein verlor der äußerste conservativste Flügel des Centrums seinen Führer. Die Erinnerung, was er Frhr. v. Franksenstein, der in voriger Session mit einem kleinen Theile seiner Partei für die Alters- und Invaliditätsversicherung stimmte. Bei der Beratung des Marineetats trat er im Gegenatz zum Centrum und seiner eigenen anfänglichen Erklärung für die Bewilligung der geforderten Schiffsbauten ein. Am meisten genannt wurde sein Name seit 1879 als Urheber der sog. Clausula Franksenstein im Zolltarif, derzufolge die Meisereinnahmen aus den neuen Zöllen den Einzelstaaten zufließen. Die Franksenstein'sche Clausula, welche den ersten Schritt zu der neuen Ueberweisungspraxis bildet, ermöglichte das Zustandekommen des Zolltarifs, nachdem der Reichskanzler den Antrag Bennigsen, wonach der Reichstag das Recht haben sollte, je nach Bedürfnis den Zollsatz zu erhöhen oder zu erniedrigen, abgelehnt hatte. Die deutschconservative Fraktion des Reichstags hat beschlossen, an die Witwe des Verstorbenen, sowie an den Vorstand der Centrumsfraktion ein Beileidschreiben zu richten.

Die Generalakte der Samoaconferenz.

Der „Reichsanzeiger“ hat, wie schon telegraphisch gemeldet, die Generalakte der Samoaconferenz in Berlin veröffentlicht, wie dieselbe von den Vertretern Deutschlands, Nordamerikas und Englands im Frühjahr v. J. angenommen worden ist. Die Generalakte enthält 8 Erklärungen, die sich der Reihenfolge nach beziehen: auf die Unabhängigkeit und Neutralität der Samoa-Inseln, auf die Aenderung bestehender Verträge und die Zustimmung der samoanischen Regierung zu der Akte, auf die Errichtung eines obersten Gerichtshofes für Samoa, auf die Ansprüche auf Ländereien in Samoa, auf die Abgrenzung des Municipalsprekts von Apia, auf die Besteuerung und Einkünfte in Samoa, auf die Beschränkung des Verbrauchs und Gebrauchs von Waffen, Munition und berauschenden Getränken und schließlich auf allgemeine Bestimmungen. Nach den letzteren sollen die Vorarbeiten der Akte in Kraft bleiben, bis sie nach Uebereinstimmung der drei Mächte abgeändert werden. Auf Verlangen einer der Mächte sollen dieselben nach Ablauf von drei Jahren von der Zeichnung der Akte gemeinschaftlich erwogen, welche Verbesserungen in den Bestimmungen der Generalakte etwa eintreten sollen. In der Zwischenzeit können etwaige besondere Verbesserungen nach Uebereinstimmung der drei Mächte unter Beirath Samoas angenommen werden.

Emin Pasha.

Aus Cairo erzählt die „Times“, die ägyptische Regierung habe Emin einen Posten angeboten, aber es schiene schwierig, eine bestimmte Antwort von ihm zu erlangen, ob er geneigt sei,

denselben anzunehmen. Emin ist von einer großen Niedergeschlagenheit ergriffen, und es wird befürchtet, daß sein Gehirn gelitten habe.

Englische Emin-Expedition.

Die erste Meldung von dem Untergang der Peters'schen Expedition wurde, wie erinnerlich, durch eine Drahtmeldung D. Borcherts widerlegt, welche sie auf eine Verwechslung zurückführte. Nicht die deutsche, sondern eine englische Expedition nach dem Seengebiet sei von Somalis niedergemetzelt worden. Jetzt zeigt sich, daß diese Angabe auf irrtümlicher Vermuthung beruhte, denn es liegen directe Nachrichten von jener englischen Karawane vor, die ein Beamter der britisch-afrikanischen Gesellschaft, Jackson, führte. Derselbe ging mit seiner Expedition im August von der Station Machakos nach dem nordöstlichen Ende des Victoria-Sees ab, um dieselbe dem Handel zu eröffnen und möglicherweise Stanley zu unterstützen. Suaheli-Boten haben jetzt Briefe von Jackson, datirt Solih, 7. Oktober 1889, nach Jambura überbracht. Danach jog die Karawane mit vier Begleitern zwölf Tage lang durch einen dichten Wald, der gänzlich unbewohnt war. In Solih war Ueberfluß an Elfenbein und alle Lebensnothdurft sehr billig. Die Eingeborenen zeigten der Karawane ein freundliches Benehmen. Von einer anderen britischen Expedition in das Innere ist nichts bekannt; die erste, die seitdem dorthin bestimmt war, sollte nach Witu aus den Tana hinaus auf zur Erlangung von Nachrichten über das Schicksal des Peters'schen Zuges ausgesandt werden.

Der König der Belgier und die Arbeiter.

Wie wir neulich gemeldet haben, hat König Leopold von Belgien vor wenigen Wochen in formeller Weise dem Vorwerke Ausdruck gegeben, daß bei Gelegenheit seines diesjährigen Regierungsjubiläums keinerlei öffentliche Festlichkeiten veranstaltet, daß vielmehr die Geldsummen, welche die Regierung aus diesem Anlasse zu bewilligen beabsichtigt hatte, zur Organisation einer Arbeiter-Unfallversicherungs- und Unterstützungskasse verwendet würden. Diesem edelmüthigen Wunsch des Monarchen entsprechend, hat der Finanzminister Beernaert in der Kammer Sitzung am 18. d. einen Gesetzentwurf beizug Gründung dieser Kasse zu Gunsten der Opfer von Arbeitsunfällen niedergelegt. Die Kasse soll mit den Rechten einer juristischen Person ausgestattet werden und vom Staate ein Gründungskapital von 2 Millionen Francs bewilligt erhalten. Die ferneren Einkünfte der Kasse bestehen in den Geschenken und Vermächtnissen, durch welche sich die öffentliche Mithätigkeit zu belhätigen pflegt.

Centralamerikanische Union.

Die fünf mittelamerikanischen Republiken Guatemala, San Salvador, Costa-Rica, Nicaragua und Honduras haben auf die Dauer von zehn Jahren einen Einigungsvertrag geschlossen. Hauptgegenstand dieser Verbindung ist die Förderung alles dessen, was zur Hebung der Civilisation unter der einheimischen Bevölkerung dient. Die fünf Staaten werden ein gemeinsames Gesehuch ausarbeiten lassen. Vertreten wird die Bundesrepublik durch einen auf ein Jahr durch das Coos unter den fünf Präsidenten der verschiedenen Staaten bestimmten Präsidenten. Im ersten Jahre entscheidet das Coos unter den fünf Präsidenten, im zweiten unter den übrigen vier und so fort, so daß in fünf Jahren jeder der fünf an die Reihe kommt. Die Staaten dürfen einander gemäß dem Vertrag nicht bekriegen, bei Zwistigkeiten werden Schiedsrichter angerufen.

Reichstag.

49. Sitzung vom 22. Januar.

Nachdem der Präsident dem verstorbenen Abg. v. Franksenstein einen Nachruf gewidmet und ohne Debatte der Nachtragssetz (Umbau des Dienstgebäudes für das Auswärtige Amt 187000 Mk.) bewilligt ist, tritt das Haus in die zweite Beratung des Socialistengesetzes.

Dazu liegen vier Anträge der Abgg. Ackermann und Genossen vor, die im wesentlichen die von der Commission beschlossenen Ueberänderungen, darunter die Aufhebung des Ausweisungsparagraphen, wieder beseitigen wollen.

Zunächst wird im § 2 des Gesetzes eine redactionelle Aenderung vorgeschlagen, indem statt des Genossenschaftsgesetzes von 1876 dasjenige vom 1. Mai 1889 angezogen wird.

Abg. Langewert v. Simmern (Wespe): Daß ich kein Freund der socialdemokratischen Bestrebungen bin, brauche ich nicht zu versichern, aber darum bin ich nicht in der Lage, für dieses Gesetz stimmen zu können. Die Fassung des § 1 ist eine so vage, daß die Gefahr nahe liegt, das Gesetz möchte auch auf andere Parteien als die socialdemokratische angewendet werden. Der Versuch dazu ist bereits bei der „Volks-Zeitung“ gemacht worden, freilich ohne Erfolg, aber die Zeitungen und Redaktionen können sich ändern. Ich kann nicht meine Hand dazu bieten, daß eine große Klasse von Staatsbürgern dem gemeinen Recht entzogen wird. Ich kann auch die Furcht nicht unterdrücken, daß man später versuchen wird, den Ausweisungsparagraphen wieder in das Gesetz einzufügen. Viel wichtiger aber ist für mich die unbefristete Geltungsdauer des Gesetzes. Dafür kann ich unmöglich stimmen. Mit solchen Waffen kann man eine geistige Macht, wie die Socialdemokratie, nicht bekämpfen. Mit geistigen Waffen müssen wir sie bekämpfen. Der Mensch lebt nicht vom Brode allein, unser Waffenarsenal seien Familie, Schule und Kirche. Das Recht darf nicht formalistisch, gemeinlich gemacht werden, es muß organisch heranzwachsen. Die alten germanischen Ideen müssen wieder lebendig werden. Eine Regeneration des Staatslebens thut Noth, auch der Ethen: sie ist der stärkste Damm gegen die socialdemokratischen Bestrebungen. Gott schütze unser Deutschland; bleibe es auf dem alten Wege der deutschen Geschichte, des deutschen Rechts und der deutschen Sitten! (Vereinzelter Bravo.)

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Der Vorredner versteht unter der Regenerierung Deutschlands die Wiederher-

stellung des Welfenthums. Wieder hören wir: die Socialdemokratie darf nur mit geistigen Waffen bekämpft werden. Kämpfen aber die Socialdemokraten mit geistigen Waffen? Die aber, Ciebnecht und Bebel haben wiederholt hier die republikanische Verfassung gepriesen. Ist das ein Kampf mit geistigen Waffen? Herr Ciebnecht hat direct aufgefodert, einen Krieg mit Ausland vom Saune zu brechen, um dort die Barbarei zu führen. Das ist nicht ein Kampf mit geistigen Waffen, sondern ein Appell an die Leidenschaften der Massen. Mit demselben Recht könnten die Anarchisten diese Rücksicht verlangen. In anderer Weise spricht auch Herr Windthorst von dem Kampf mit geistigen Waffen, indem er die Rückberufung der Orden zur Bedingung macht. Nun, in keinem Lande der Welt ist die Socialdemokratie so mächtig als in Belgien, wo die Orden völlig frei sind. Auf die Dauer dieses Gesez zu erlassen, sind die führenden Parteien einig, nur in der Ausweisungsbefugnis besteht eine Differenz. (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst: Ich muß die Beschuldigung zurückweisen, als ob das Welfenthum mit der Socialdemokratie hohelire, um die Wiederherstellung Hannovers zu betreiben, und ich fordere Hr. v. Kardorff auf, seine Beschuldigungen zu beweisen. Daß ich meinem angestammten Königshause bis ans Ende treu bleiben werde, davor sollten Sie als Pächter der höchsten Treue Respekt haben. Was sollen diese widerwärtigen Verdächtigungen? Andererseits weiß ich sehr gut, was die Unterthanenpflicht gebietet. Noch heute habe ich die Meinung, daß die Socialdemokratie als Idee auch mit gefunden Ideen bekämpft werden muß, nicht mit dem Appell. Daß das ein königlich preussischer Landrath nicht versteht, kann ich begreifen, denn man ist in Dreußen gewohnt, alles mit der Polizei und mit Gendarmen zu bekämpfen, andere Mittel und Wege scheint man nicht zu kennen. Gerade die Orden sind im wesentlichen sociale Institute gewesen, welche durch Beispiel und Rebe die Enderben geistig haben. Wir werden kämpfen bis auf das Letzte, um den Orden ihr Recht wiederzugewinnen; wir sind keine Helden, sondern vollberedigte Glieder des Reiches. Es war nicht gut, diese Debatte in der Weise einzuleiten, die Cartellparteien, die doch gerade in dieser Frage vollständig einig sind. Weiteres behalte ich mir vor. Schließlich bekommen wir noch den Reichshandzettel zu sehen, denn der ist der entscheidende Herr und nicht Hr. v. Kardorff. (Heiterkeit.)

Abg. Langewert v. Simmern vertheilt sich gleichfalls gegen die Unterstellungen des Hr. v. Kardorff.

Abg. v. Kardorff jagt, er habe nicht den Abg. Windthorst als Welfen angegriffen, sondern wegen einer Aeußerung, die er als Centrumsmann gethan. Mit dem Vorwurfe der Uneinigkeit sollte der Abg. Windthorst doch vorsichtiger sein, nachdem seine eigene Partei namentlich bezüglich des Socialistengesetzes wiederholt Beispiele einer recht frappanten Uneinigkeit gegeben hat.

Abg. Windthorst: Die Uneinigkeit in unserer Partei bei diesem Gesez ist nicht so radical, wie die jegliche zwischen den Cartellparteien. Ursprünglich war das Centrum entschieden gegen das Socialistengesetz. Nachdem aber durch die Wirkung desselben die Socialdemokratie erstarkt war, wollten einige es ohne weiteres nicht wieder aufheben, sondern einen Uebergang finden; dafür habe ich wiederholt Vorschläge gemacht, mit denen das Centrum einstimmig einverstanden war. Ein Katholik, der bei Sinnen ist, kann nie für die dauernde Ausweisungsmassregel stimmen. Unsere Bischöfe haben auch unter einem Ausnahmegegesetz gelitten und sind aus Deutschland vertrieben worden. Darüber ist kein Zweifel: ein Ausnahmegegesetz auf die Dauer bekommen Sie von Centrumsmännern nie! (Beifall im Centrum.)

§ 2 wird mit den Stimmen der Conservativen, der Reichspartei und der Nationalliberalen angenommen, desgleichen die §§ 1—10.

§ 11 der Commissionenvorlage enthält eine Aenderung des Gesetzes dahin, daß das Verbot des ferneren Erscheinens einer Druckschrift nur erfolgen soll, wenn innerhalb eines Jahres nach Verbot einer Nummer ein neues Verbot erfolgt.

Abg. Dieß (Goc.): Zur Illustration der Schädlichkeit dieser Bestimmung kann ich das Verbot der von mir herausgegebenen Zeitung anführen, der „Gerichtszeitung“ in Hamburg, auf Grund eines Artikels über russische Zustände. Geht, Grund sind durch dies absolut ungerechtfertigte Verbot schwer geschädigt, ich selbst bin ausgehoben worden. Dasselbe Schicksal hat einen anderen Hamburger Literaten, den ich verstorbenen Wedde, getroffen. Genaht haben solche Verordnungen den Cartellparteien nichts. Im Gegentheil, sie haben nur Agitation für den als Reichstagscandidaten aufgestellten Wedde und dessen Nachfolger gemacht. Redner führt hierauf eine Reihe weiterer Verbote von Druckschriften und mehrere Ausweisungen an, die auf Veranlassung des Senators Hartmann in Hamburg erfolgt seien. Hr. v. Putthamer erscheint als ein wahrer Nibemermann gegenüber diesem republikanischen Senator, der in solcher Weise niedrigen Klassenhaß fördert. (Vizepräsident v. Unruhe bittet den Redner, von solchen Aeußerungen gegen Personen, die außerhalb des Hauses stehen, Abstand zu nehmen.) Wenn man bedenkt, daß die Gemeindeordnungs-Paragrafen, das Press- und Strafgesetz gegen die Socialdemokratie in ausgedehnterem Maße jetzt zur Anwendung kommen, so ist es unfaßbar, wie man dazu noch das Socialistengesetz braucht. Woher die Furcht vor unserer kleinen Schaar und Presse? Es kann nur sein, weil die Wahrheit es ist, die in der Arbeiterpresse hervortritt. Geben Sie der Wahrheit die Ehre und schaffen Sie das Socialistengesetz ab! Dann wollen wir sehen, unsere Ansichten auszusprechen, und wer dabei den Kürzeren zieht. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Aulemann (nat-lib.): Die von der Commission vorgeschlagene Aenderung ist eine Milderung des Gesetzes, welche ich zur Annahme empfehle. Wir wollen uns möglichst wenig von dem Boden des gemeinen Rechts, hier also des Pressrechts, entfernen, und das wird mehr durch den Vorschlag der Commission als bei der Fassung der Vorlage erreicht. Die Trift ist so weit bemessen, daß innerhalb derselben die Beschwerde über das Gesetz entfallen kann.

Abg. Stinger (Goc.): Diese Vorlage wird gar keine Aenderung in der Handhabung des Gesetzes hervorbringen, denn ein zweites Verbot wird dem ersten bald folgen und dann kann die Unterdrückung der Zeitung ebenfalls erfolgen. Seit dem Erlaß des Socialistengesetzes sind nicht weniger als 1299 Druckschriften verboten worden. Welche wirtschaftliche Schädigung angedeutet worden ist, hat Hr. Dieß an einigen Beispielen erläutert; eine ganze Anzahl von Personen ist ergebnislos gemacht. Viele Personen sind in Folge dessen der öffentlichen Armenpflege anheimgefallen; das ist eine Wirkung des Socialistengesetzes. Redner wendet sich dann gegen die Vorwürfe, welche man in der ersten Lesung der Social-

demokratie gemacht habe. Darunter befand sich auch, daß die Socialdemokratie den Weinstock verheerliche; auch Hr. Kulemann habe diesen Vorwurf ausgesprochen, indem er sich auf eine Broschüre des Dr. Gammann berief. Redner weist darauf hin, daß er bereits früher durch Citate das Unzutreffende dieses Vorwurfs nachzuweisen gesucht habe. Herr Kulemann führt auch an, daß in der Berliner „Volks-Zeitung“ der Anarchist Neve als ein überzeugungsstarrer edler Mann hingestellt sei. Wenn ich auch die anarchistischen Anschauungen nicht billige, so kann ich doch nicht ohne weiteres ihn als einen schlimmen Menschen betrachten, so lange er sich nicht etwas Unehrenhaftes hat zu Schulden kommen lassen. (Große Unruhe rechts.) Der Widerspruch ändert daran nichts. (Zuruf rechts: Doch!) Der Anarchismus ist eine Weltanschauung wie jede andere (Widerspruch rechts), und ich kann einen Vertreter dieser Anschauung noch nicht ohne weiteres als einen unehrenhaften Mann betrachten, sonst müßte ich ja auch die Herren Reactionäre von der Rechten als ganz abstoßliche Menschen betrachten. Das thue ich durchaus nicht. Wir kämpfen nicht gegen Personen, sondern nur gegen Ideen. Die Socialdemokratie hat sich oft genug gegen den Anarchismus erklärt. Bei der ersten Beratung hat der badische Bevollmächtigte aus einem Verhalt über eine Rede meines Parteigenossen Eck einen besonders compromittierenden Satz citirt. Derselbe ist aber gar nicht gesprochen worden. Die Regierungsvorrede mußten, auch wenn sie aus dem Gedächtnis citiren, sich besser auf ihr Gedächtnis verlassen können. Auch Herr v. Püttkammer hat verschiedene Male unrichtig citirt. Zur Vertheidigung dagegen sind wir gezwungen, uns in den Besitz der verbotenen Schriften zu setzen. — Durch derartige Maßregeln werden wir uns keinen Schritt von unserer Linie abdrängen lassen, sondern ihnen bei den nächsten Wahlen Zahlen aufmarschiren lassen, die Ihren Respekt vor unserer Partei vermehren werden. Die Socialdemokratie ist stärker als das Socialistengesetz und wird es überdauern. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. v. Marschall verwahrt sich gegen den Vorwurf, ein Flugblatt unrichtig citirt zu haben. Ich habe nicht citiren, sondern nur den Inhalt jener beiden Flugblätter wiedergeben wollen. Die Verhandlungen in der badischen Kammer hätte Hr. Singer zu seinem Vortheil mit Schweigen übergehen können, denn die Interpellation Muser ist eigentlich recht kläglich im Ganzen verlaufen. Von 32 Anklagepunkten gegen die badische Regierung sind nur 3 als begründet erachtet worden, wo es sich um Auflösung und Verbote von Versammlungen handelt. Daß im Einzelnen Mißgriffe vorkommen, haben wir längst gewußt, dazu bedurfte es keiner Muser'schen Broschüre und keiner besonderen Erwähnung des Hrn. Richter.

Abg. v. Rardorff: Es hat mich gefreut, daß der Abg. Singer gesagt, daß auch der Anarchismus mit geistigen Waffen bekämpft werden müsse. Wir werden diesem Anerkenntnis die weitestehende Verbreitung im Lande verschaffen. (Beifall rechts.)

Abg. Kulemann (nat.-lib.) giebt dem Abg. Singer zu, daß dieser nicht die Anschauungen des Anarchismus theile. Das schließt aber nicht aus, daß sie von anderen Mitgliedern der socialdemokratischen Partei getheilt werden.

Abg. Richter: Es ist meine Sache, hier vorzubringen, was ich für richtig halte. Von den Vorhommnissen in der badischen Kammer scheint Hr. v. Marschall keine Ahnung zu haben. Es ist eine starke Zumuthung, nach der Verhandlung der Interpellation Muser hier zu erklären, daß die Beschwerden über Verträge der badischen Behörden aus der Luft gegriffen sind. Es ist bewiesen, daß die Auslegung des § 9 des Socialistengesetzes durch die badischen Behörden eine horrible gemein ist, und daß es notwendig sei, diese Dinge hier und anderswo, wie in meiner Rede in Baden, öffentlich zur Sprache zu bringen. Hr. Muser kann mit dem Erfolg seiner Interpellation zufrieden sein, denn die badischen Behörden behandeln jetzt die Socialdemokraten anders. Wir können daraus nur die Ermuthigung entnehmen, daß in allen anderen Fällen durch unsere öffentliche Kritik die Verhältnisse in Baden besser werden.

Abg. v. Marschall: Ich halte alles früher Gesagte aufrecht. Wenn Herr Richter jetzt mit den badischen Zuständen zufrieden ist — bin ich es auch — so kann ich das mit Freude begrüßen.

Abg. Singer: Herr v. Rardorff scheint nach dem berühmten Muser des Polizeiministers Napoleons I., Fouche, zu handeln, der nur drei Worte von jemand brauchte, um ihn an den Galgen zu bringen. Meine Ansicht, daß jemand, der Anarchist ist, dabei sonst ein ehrenwerther Mann sein kann, halte ich aufrecht. Daß ich damit den Anarchismus vertheidigt habe, ist eine Legendenbildung, die ebenso verfliegen wird wie die des Reichskanzlers aus der Behauptung meines Freundes Bebel über die russischen Zustände. Wir sind principielle Gegner des Anarchismus, das beweist ja der Beschluß unseres Parteitages.

Siehe auf wird ein Verlagsantrag angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

Abgeordnetenhaus.

4. Sitzung vom 22. Januar.

Die erste Lesung des Etats 1889/91 wird fortgesetzt. Abg. Enneccerus (n.-l.): Ich bin erstauet über die Feindschaft, welche der Abg. Richter unserem Antrage entgegenbringt, den Eisenbahnetat in einer besonderen Commission zu beraten. Wir wollen damit herbeiführen eine genaue Prüfung des Eisenbahnetats, der mehr als die Hälfte unserer gesammelten Einnahmen umfaßt; in der Budgetcommission ist keine Zeit dazu vorhanden. Was die materiellen Ausführungen des Hrn. Richter betrifft, so habe ich ihm zunächst meinen Dank für seine unumwundene Erklärung bezüglich der Aufhebung der Getreidezölle auszusprechen, die Erklärung der Unthunlichkeit der einseitigen Aufhebung dieser Zölle ohne gleichzeitige Inangriffnahme der Landwirthschaft bedrückenden Industriezölle. Hr. Richter meint, es sei nicht möglich gewesen, 1887 so hohe Reichsteuern zu bewilligen. Das ist nicht richtig. Wir beziehen vom Reich für 1890/91 nur 25 Mill. mehr, als wir am das Reich an Matricularbeiträge bezahlen; und eine Steigerung dieser Summe ist höchst unwahrscheinlich. Andererseits stehen dem Reich die allmählich wachsenden Ausgaben aus dem Invalidengesetz bevor, ferner werden die Erhöhung der Beamtengehälter und die Maßnahme der Ueberweisung von einmaligen Ausgaben auf die ordentlichen Einnahmen unserer Matricularbeiträge sich erhöhen. Die Steigerung der Einnahmen 1887 war also durchaus berechtigt. Was die Gerdandabgaben betrifft, so bitte ich den Minister, doch endlich auch die ärmeren Gegenden mit weniger Strenge zu behandeln und nicht mehr so kategorisch wie bisher auf der Leistung von baaren Geldzuschüssen zu bestehen. Die Finanzlage betrachte ich als günstig; auch das Bild der Staatsschuld ist kein unerfreuliches. Die Einnahmen der lex Huene sind von 4 auf 6, 13, 29, 33 Millionen gestiegen. Leider sind größere Reformen in der letzten Zeit nicht zu Stande gekommen, und zwar liegt die Schuld nicht am Parlament, welches die Initiative auf diesen Gebieten nicht ergreifen kann. Dazu gehört in erster Linie die Reform der Einkommensteuer. Wir sprechen unsfererseits die dringende Bitte um Befreiung dieser Vorlage aus. Wir haben uns stets für diese Reform und für die Einführung der Declarationspflicht ausgesprochen; hauptsächlich aber wünschen wir diese Reform als sociale Maßregel zur Entlastung der kleineren und mittleren und einer stärkeren Heranziehung der größeren Einkommen, nicht als Steuererhebung, sondern als gerechtere Vertheilung. Scheidung des fundirten und unfundirten Einkommens muß eintreten, ebenso eine Quotifikation. Ebenso dringlich ist die Reform der Gewerbesteuer. Bezüglich der Verbesserung der Unterbeamtengehälter sowie derer der mittleren Beamten verweise ich den Minister dahin, daß er selbst dem Hause bestimmte Vorschläge machen will. Wenn er erst Grundgedanken von diesem Hause hören will, um

danach vorzugehen, dann kommt man nie zum Ziel. Daß eine gewisse Vertheuerung notwendiger Lebensmittel, sowie namentlich auch der Benzinmaterialien eintreten ist, unter der hauptsächlich die Minderbemittelten leiden, ist nicht zu leugnen.

Abg. Windthorst: Der Etat gewährt ein erfreuliches Bild. Wahr ist es, daß wir im Augenblick mit dem Etat gut heraus sind. Aber es ist nicht wahr, daß darauf dauernd zu rechnen ist. Der jetzige große Aufschwung wird nachlassen, und wenn ich nicht irre, fängt das schon an. Deshalb danke ich dem Minister für seine Mahnung zur Vorsicht, zumal auch im Reich die Mehrausgaben wachsen. Der Militär-Etat und Marine-Etat macht große Anforderungen, und ich bin nicht sicher, daß dieselben nicht noch weiter steigen. Das wird mit von denen abhängen, die das Heer führen. Den parlamentarischen Körperlichkeiten wird es schwer sein, ein Urtheil darüber zu fällen, was hier für Armee und Marine nöthig ist und was nicht. Das Parlament kann nur einen moralischen Druck zur Sparlichkeit auf die Regierungen ausüben. Die Bedeutung des Parlaments liegt also in dieser Beziehung weniger in dem, was es schafft, als darin, daß die Regierungen wissen, ob sie ein Parlament vor sich haben, welches alle Forderungen bewilligt, oder nicht. Also die Ausgaben für das Heer werden unsere Reserven vermindern; dazu kommt das Invalidengesetz. Das werden wir im Auge behalten müssen. Außerdem werden die arbeitenden Klassen fortwährend Verminderung ihrer Beiträge und Vermehrung ihrer Beiträge fordern. Wie haben uns da eine Schraube ohne Ende gestellt, so daß das Reich schließlich die ganzen Beiträge allein zu übernehmen sollen. Auch daß wir für Beamtengehälter größere Summen werden aufbringen müssen, ist mir nicht zweifelhaft. Die sociale Lage ist derart, daß man das Wort beherzigen sollte: discolo moniti! Man sollte vor allem das Wohl des Vaterlandes im Auge behalten. Man sollte solche Wahlpraktiken nicht machen, wie es kürzlich in Bielefeld geschehen ist. Dort hat der kgl. Landrath Dittfurth vor der Wahl des Hrn. v. Hammerstein gewarnt, die dem Kaiser nicht angenehm sein könne, weil jener mit dem Centrum und den Wesen im Bunde seine Wahl durchzubringen hoffe. Ich erkläre hier öffentlich, daß ich meinem angekommenen Königshause auch jetzt noch treu bleibe. Aber wenn es in einer solchen Verbindung gebraucht wird, dann hat man es herabsetzen wollen, und ich protestire gegen derartige Auslassungen. (Beifall im Centrum.) Ich erwarte von dem Herrn Minister des Innern, daß er diesem Landrath in Bielefeld sagt, daß er einen föhlichen Hock geschossen. (Große Heiterkeit.) Die Zeitungen können von mir schreiben was sie wollen, aber in einem amtlichen Erlass möchte ich meine Person in eine solche Verbindung nicht gebracht sehen. Ich hoffe, der Minister wird die Sache in die Hand nehmen und Rectification eintreten lassen. Im Fortgang seiner Rede tritt Redner noch für das bestehende Wirtschaftssystem ein. Das Land befindet sich unter demselben wohl.

Abg. Cimbürg-Girum (conf.): Auch ich glaube nicht, daß wir auf die Dauer auf die großen Ueberschüsse aus dem Reich rechnen können. Wir können sie also nur aus der Reform der direkten Steuern erzielen. Wir wollen keine Vermehrung der Steuern, sondern nur eine Ausgleichung derselben durch Erhöhung der Lasten für die Wohlhabenderen. Redner spricht sich dann gegen den Antrag der Nationalliberalen aus, den Eisenbahnetat einer besonderen Commission zu überweisen, und mahnt zur Sparlichkeit und Vorsicht, ohne daß dabei die Entwicklung unserer Verhältnisse aufgehalten werden soll. (Beifall rechts.)

Finanzminister v. Scholz: Hr. Richter hat mehrere Dinge vorgebracht, die mir aus der freisinnigen Presse bekannt waren, auf die ich daher vorbereitet war. Er hat vom Einschlagsverfahren gesprochen. In Bezug auf die Veranlagung habe ich keine Generalverfügung erlassen, nach welcher die kleineren Leute schärfer angefaßt werden sollen als die größeren Bestiker; ich sollte nicht bloß vor diesem Verdict, sondern vor der Anfrage geschützt sein. Der andere Fall betrifft die Veranlagung in Schlesien. Ich habe mit dem General-Director der direkten Steuern über die Sache gesprochen; er hat sich die Frage vorgelegt, was in dieser Sache geschehen solle. Aber weil es sich um eine anonyme Denunciation handelt, dürfe man die Sache nicht weiter verfolgen. Ich habe auch nichts veranlaßt, obgleich eine Bemerkung der „Volks-Ztg.“, welche die Sache jetzt wieder angeregt hat, vielleicht Anlaß dazu geben könnte. Wenn eine Anklage gegen die Zeitung erhoben wird, dann erübt ein Oberger über Verfolgung der Presse, und wenn keine Anklage erhoben wird, dann wird die Behauptung als Wahrheit angenommen. Da habe ich gedacht: Laß es laufen! (Heiterkeit.) Herr Richter hat die Erhöhung der Beamtengehälter als eine Action für die Reichstagswahlen bezeichnet (Widerspruch Richters); Herr Richter hat das im Reichstage ebenfalls gethan; er hat seine Kenntniß wohl hauptsächlich aus den Artikeln der „Freisinnigen Zeitung“ geschöpft. (Heiterkeit.) Die Redacteure der „Freisinnigen Zeitung“ haben nur schlicht den Etat angesehen und dabei entdeckt, daß im Eisenbahnetat 7 1/2 Mill. Mark für Aufbesserungen eingestellt sind. Als ich den Artikel las, bekam ich einen Schreck; ich dachte, ich hätte das wirklich übersehen. Aber es handelte sich dabei um eine Vermehrung seit zwei Jahren; es handelt sich dabei nicht nur um Aufbesserungen, sondern auch um neue Stellen etc. Die Regierung hat schon seit Jahren ihr Bestreben, die Bestellungen zu verbessern, kundgegeben. (Sehr richtig!) Sie hat aber zuerst die Erleichterung der Communen ins Auge gefaßt, und ich habe damals nicht gehört, daß von den Freisinnigen gegen diese Maßregel gesprochen wurde. Ich finde es vollkommen erklärlich, daß die Reform der direkten Steuern heute und gestern belächelt worden ist. Sie werden es aber richtig finden, wenn ich über die Dinge weiter nichts mittheile. Nachdem erst vor wenigen Tagen die Regierung Ihnen officiell mitgetheilt hat, wie die Sachen liegen, so werden Sie wohl glauben, daß ich wenige Tage später keinen Stoff habe, Ihnen etwas Neues zu sagen. Den Rednern aller Parteien kann ich den Dank der Regierung aussprechen dafür, daß sie die Sicherheit gegeben haben, daß sie mit der Aufbesserung der Beamtengehälter vorgehen kann. Die Aufbesserung der mittleren und unteren Stellen wird allgemein als Bedürfnis anerkannt, und es wird begliff, daß auf den Fonds von 18 Mill. Mark zurückgegriffen werden soll. Wenn von den unteren und mittleren Beamten gesprochen wird, so begreife ich darunter natürlich auch die Volkskullehrer, wenn auch für diese in etwas anderer Form gesorgt werden muß. (Lebh. Beifall.)

Abg. Richter: Der Hr. Finanzminister hat sich viel mehr mit Zeitungsausschnitten, die ich zum Theil garnicht kenne und die mich nichts angehen, beschäftigt, als mit meinen Ausführungen. Ich möchte also dem Mißverhältniß von vorhererit vorbeugen, als ob er mich widerlegt hätte. Hrn. Windthorst antworte ich nur, daß wir an die Stelle der lex Huene etwas Besseres — auch für die Gemeinden — setzen wollen. Bei der lex Huene stehen nur die Kreise in Frage, daß die neue Zollpolitik die ärmeren Familien schädigt, daß für heute nur die Thatfache an, daß das statistische Amt in Berlin nachgewiesen hat, daß das Brod in Berlin seit einem Jahr 2 Pfennige pro Pfund theurer geworden und daß der Brodpreis dem Preise des Getreides folgt. Abg. Enneccerus bestreitet es, daß die 200 Millionen neuer Steuern und Zölle nicht nöthig waren zur Bestreitung der Mehrausgaben im Reich und zur Beseitigung des Deficits in Preußen. Er selbst aber giebt in derselben Rede zu, daß die günstigen Finanzverhältnisse in Preußen von dessen eigenen Einnahmen herrühren, nicht von den Ueberweisungen im Reich. War dann also die neue Brannntweinsteuer, die doch den Einzelstaaten überwiesen wird, nöthig? Abg. Enneccerus will uns mit verantwortlich machen für die erhöhten Reichsausgaben. Wir haben gegen mehrere große Forderungen gestimmt, aus dem Gebiete der Colonialpolitik besonders, und ebenso wenig sind wir verantwortlich für die großen Marinemehrausgaben

und verschiedene Militärausgaben, die in Folge der hohen Steuerbewilligungen gekommen sind. Für all das will Herr Enneccerus uns verantwortlich machen? Das hat schon ein Gewandterer als er, Herr v. Bennigsen, im Reichstage erfolglos versucht. Wenn vier Mitglieder der freisinnigen Partei jetzt und vor einem Jahre den Antrag der Socialdemokraten auf Beseitigung der Getreidezölle unterschrieben haben, so geschah dies, weil wir Unterchriften von uns zur Erörterung des Antrages nöthig waren, weil diese Forderung in der Richtung unserer Forderungen liegt und wir durch die Commissionenberathung des Antrages die Erörterung der ganzen Schutzpolitik herbeiführen wollten. Der Abg. Broemel hat namens unserer Partei ausdrücklich wie ich gestern erklärt, daß wir nicht eine einseitige Aufhebung der Getreidezölle, sondern zugleich eine Beseitigung der der Landwirthschaft schädlichen Schutzzölle anstreben. Herr v. Scholz hat heute erklärt, er habe zum Selbstweilen vieler Leute seinen Posten wieder übernommen. Ich nehme an, er meint damit nicht mich und meine Parteifreunde, sondern andere, die wie Hr. v. Rardorff in einer wichtigen Frage entschiedene Gegner des Hrn. v. Scholz sind. Ich habe gestern schon erklärt, wir haben kein Interesse an einem Wechsel in diesem Ministerium. Der Schwerpunkt liegt und bleibt an anderer Stelle, beim Reichskanzler. Der Herr Minister hat erklärt, daß die Verfügungen der Landräthe in Bezug auf die Einschätzung des kleinen Grundbesitzes nicht auf einer Generalverfügung des Ministers beruhten. Das freut mich. Wir werden das noch erörtern. Er hat ferner den Enthüllungen der „Frankf. Ztg.“ gegenüber über die Steuer-einschätzungen in Schlesien gesagt, laß ihn laufen. Ich bebauere nur, daß unsere Minister nicht häufiger so denken — dann hätten wir weniger Bismarckprozeße. In diesem Falle wäre eine genaue Untersuchung doch erforderlich und ich möchte den betreffenden Correspondenten der „Frankf.“ nun auffordern, aus seiner Anonymität herauszutreten und womöglich den Finanzminister oder aus das Material mit Namen anzugeben, damit man der Sache näher treten könne. Der Herr Minister hat unter Bezugnahme auf mich erklärt: Ich hätte allerdings in nicht verkehrender Form die Behauptung aufgestellt, daß die Regierung der Frage der Beamtengehälter mit Rücksicht auf die Wahlen näher getreten wäre. Als er das sagte, dachte ich: Donnerwetter, hast du wirklich auch nur eine Andeutung der Art gemacht? (Große Heiterkeit.) Ich habe das Stenogramm meiner Rede durchgesehen, hier ist es. Nicht eine einzige Silbe steht davon darin. Ich habe nur gesagt, mit Wohlwollen wollten wir alle die Frage erörtern. Das ist das einzige Wort, was ähnlich dem Wort „Wahlen“ klingt. (Heiterkeit.) In Bezug auf den Eisenbahnetat habe ich ausdrücklich erklärt, daß die dortige Erhöhung nichts Ungewöhnliches sei. Auch im vorigen Jahr seien ähnliche Erhöhungen darin vorgekommen. Lebhast bebauern muß ich, daß Herr v. Scholz über die Steuerreform so völlig schweigt. Wissen möchte ich nur, ob in Aussicht genommen sei, die Reform zu gestalten in Verbindung mit der Reform der Communalsteuer? Ist sie überhaupt für diese Session in Aussicht genommen? Erhalten wir keine Antwort auf alle diese Fragen, so werden wir wissen, was wir davon zu halten haben. (Beifall links.)

Abg. Graf Kanitz (conf.): Ich möchte nur den Unterschied zwischen Herrn Enneccerus und Herrn Richter feststellen. Der erstere will die einseitige Aufhebung der Getreidezölle nicht; Herr Richter will das auch nicht, und trotzdem wird in der freisinnigen Presse und in Wahlflugblättern immer nur von der Vertheuerung des Brodes gesprochen, von der Vertheuerung durch die landwirthschaftlichen Zölle; von der viel bedeutenderen Vertheuerung der anderen Bedürfnisartikel durch die Industriezölle wird niemals gesprochen. Von den Freisinnigen wird immer der kleine und große Landwirth, das Land und die Stadt in Gegensatz gestellt; aber man hat erkannt, daß ein solcher Gegensatz in Wirklichkeit nicht besteht, und das wird sich auch bei den Wahlen zeigen. (Beifall rechts.)

Abg. Gattler (nat.-lib.) spricht sein Bedauern darüber aus, daß gewisse Dinge seitens der Regierung nicht mitgetheilt worden seien. Namentlich vermisse er eine Aeuerung über die Neuordnung der Verhältnisse der ländlichen Gemeinden. Durch die Zeitungen ging eine Nachricht von der Schaffung von Communalverbänden für besondere Zwecke. Das ist wohl nicht der richtige Weg zur Lösung der Frage. Bedauerlich ist auch die Erklärung des Finanzministers bezüglich der Reform der direkten Steuern, über welche seit länger als zehn Jahren gesprochen wird, während nichts gethan wird. Die Verbindung der Steuerreform mit der Grundsteuerreform ist nicht zu billigen, wenn dadurch die Steuerreform herausgeschoben werden soll. Gerade die jetzige Zeit der Ueberschüsse ist am besten geeignet, eine solche Reform herbeizuführen.

Damit schließt die erste Lesung. Ein großer Theil des Etats wird der Budgetcommission überwiesen, darunter auch der Eisenbahnetat.

Nächste Sitzung: Freitag.

Deutschland.

L. C. Berlin, 22. Januar. Die freisinnige Partei des Abgeordnetenhauses ist in den Fach-Commissionen durch folgende Mitglieder vertreten: 1. Geschäftsförderung: Steffens, 2. Pensionsangelegenheiten: Wilmann und Neukirch, 3. Agrarverhältnisse: Trawe, 4. Justizwesen: Lerche, 5. Gewerbewesen: Ebertz, 6. Unterrichtswesen: Dr. Langerhans und Dr. Otto Hermes, 7. Staatshaushaltsrat: Dr. Birchow und Gyalinna, 8. Allg. Rechnung: Dr. Birchow Dorf, 9. Wahlprüfungen: Schmieder.

* [Eine Novelle zur Städteordnung] haben die Abgg. Jelle und Dr. Langerhans im Abgeordnetenhaus eingebracht, um es zu ermöglichen, bei Ergänzungs- und Ersatzwahlen zur Stadtverordneten-Versammlung eine Aenderung der städtischen Wahlbezirke einführen bei hervorgetretener großer Ungleichheit der Wählerzahl.

* In Hamm-Gock stellen die Conservativen, wie dem Stöcker'schen „Volk“ geschrieben wird, Herrn Arug von Nidda auf, während die National-liberalen den Landgerichtsrath Schneider aufgestellt haben. Also auch hier ist der Cartellbruch perfect. Die Centrumpartei hat Herrn v. Schorlemer-Alt aufgestellt.

Hannover, 22. Januar. Von den landwirthschaftlichen Genossenschaften der Provinz Hannover wurde heute eine Landesgenossenschaft gegründet. Die Genossenschaft ist mit beschränkter Kapazität errichtet.

Hamburg, 22. Januar. Eine Meldung des „Hamburgischen Correspondenten“ über den Strike der Trimmer und Feuerleute zufolge ist der größte Theil der Antwerpener Erzhäute wieder abgerafft. Dieselben wurden von den Streikenden mit Lebensmitteln auf das reichliche versehen. Die Abreise verlief ruhig.

Wie es heißt, sollen heute Abend 30 Mann aus Steilin für die Packfabrikgesellschaft ankommen. Dieselben sollen bereits in Steilin für die Gesellschaft verpflichtet worden sein.

Dresden, 22. Januar. Der König und der Prinz Georg wohnten Mittags der Einsegnung der Leiche des Finanzministers v. Könneritz bei, worauf dieselbe nach Erdmannsdorf übergeführt wurde. (M. I.)

Frankfurt a. M., 21. Januar. Die heute Abend im „Storch“ stattgefundenen socialdemokratischen Wahlversammlung wurde aufgeführt, als der Referent und Reichstagskandidat Herr W. Schmidt auf das Stimmrecht der Frauen zu sprechen kam.

München, 21. Januar. Die für den 70. Geburtstag Herrn aming geplanten Feierlichkeiten mußten einmellen wegen Erkrankung eines Theils der Veranstalter unterbleiben, doch hat sich der Prinz-Regent es nicht nehmen lassen, den Dichter schon jetzt auszuzeichnen. Singg war am Montag zur Hofkapelle geladen und wurde, ehe man zu Tisch ging, durch den Flügeladjutanten Grafen Lerchenfeld in das Cabinet des Regenten beiseite, wo ihm der letztere unter den herzlichsten Glückwünschen das Ritterkreuz des Verdienstordens der bayerischen Krone überreichte. Bekanntlich ist mit diesem Orden der persönliche Adel verbunden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 22. Januar. Wie die „Polit. Corresp.“ vernimmt, wurde von der beabsichtigten Entsendung eines Mitgliedes des kaiserlichen Hauses zur Leichenseier des Herzogs von Aosta Abstand genommen in Folge einer Mittheilung der diesseitigen italienischen Botschaft, wonach es der ausdrückliche Wunsch des Verstorbenen gewesen sei, der Leichenseier einen streng privaten Charakter zu bewahren. (M. I.)

Dänemark.

Kopenhagen, 22. Januar. Nach den bis jetzt bekannten Wahlergebnissen sind 23 Anhänger der ministeriellen Partei gewählt, 57 gehören der sogenannten Verhandlungspartei an, 17 sind Intransigenten (Bergianer), 3 Socialisten. (M. I.)

England.

London, 22. Jan. Ein Tagesbefehl des Artillerie-Ministers bringt die bekannte Beileidsbekundung, welche der Kaiser Wilhelm anlässlich des Todes des Generals Napier von Magdala an den Herzog von Cambridge richtete, zur Kenntniß der ganzen britischen Armee. (M. I.)

Italien.

Rom, 22. Januar. Gegenüber den heute hier circulirenden Gerüchten betreffend den Tod des Papstes versichert die „Agenzia Stefani“, daß sich derselbe vollkommen wohl befindet und heute den Prinzen Boncompagni sowie mehrere Bischöfe empfangen habe. (M. I.)

Turin, 22. Januar. Prinz Friedrich von Hohenzollern, welcher den Auftrag hat, den Kaiser Wilhelm bei den Leichenseierlichkeiten zu vertreten, ist gestern Abend hier eingetroffen und hat im königlichen Schlosse Wohnung genommen. (M. I.)

Turin, 22. Januar. Das Leichengedächtniß des Herzogs Amadeus von Aosta fand heute Nachmittag statt. Dem Sarge voran schritten Deputationen militärischer Körperschaften, welchen der Herzog angehört, ferner eine Deputation des heiligen Jufarenregiments Nr. 14, dessen Chef der Herzog gewesen; ein höherer Offizier, den Säbel des Verstorbenen tragend, schritt hinter dem mit rothem Sammet bedeckten Sarge, welcher auf einer Annonenlafette ruhend, von acht Rappen gezogen wurde und mit Aranen Italiens und auswärtiger Fürstenthümer bedeckt war. Dem Sarge folgten zu Fuß: der König, der Kronprinz, die Söhne des Verstorbenen, der Herzog von Genua, die Prinzen Jerome Victor, Louis Napoleon und der Prinz von Hohenzollern, die Minister, die Spitzen der Behörden, jobann die Körperschaften, die Studenten, die Vertreter der Presse, Vereine mit 200 Fahnen und 7 Wagen mit Aranen. In den Straßen und an den Fenstern, aus welchen Trauerfahnen hingen, hatte sich eine ungeheure Menschenmenge angeammelt. Gegen Mittag langte der Zug in der Piazza Graa Madre di Dio an, wo die Geistlichkeit die Leiche einsegnete. Der Königswagen, von Cavallerie escortirt, sowie viele andere Wagen geleiteten den Sarg nach St. Perga. (M. I.)

Serbien.

Belgrad, 22. Jan. Die Bruttoeinnahmen an Zöllen während des Jahres 1889 betrugen 7 375 925 Dinars, oder 276 599 mehr als im vorhergehenden Jahre. Nach Abzug der Regolienkosten verbleibt eine Reineinnahme von 4 899 021 Dinars. (M. I.)

Bulgarien.

Sofia, 22. Januar. Dem in der katholischen Kirche heute abgehaltenen Requiem für den Herzog von Aosta wohnten der Prinz Ferdinand, die Prinzessin Clementine, die Minister, das diplomatische Corps, eine Anzahl Deputirter, die hiesige italienische Colonie, sowie eine Deputation der italienischen Colonie in Philippopel bei. (M. I.)

Am 24. Januar: Danzig, 23. Jan. M.-a.-b. Ztg. S.-A. 84. u. 822.

Wetterausichten für Freitag, 24. Januar, auf Grund der Berichte der deutschen Gewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Etwas kälter, bewölkt, Niederschläge. Lebhast aufrischende rauhe Winde.

Für Sonnabend, 25. Januar: Wenig verändert; lebhaft rauhe, starke bis stürmische Winde; bewölkt, Niederschläge, einige Sonnenblicke.

Für Sonntag, 26. Januar: Feucht, vorwiegend trübe mit Niederschlägen; vielfach neblig, nehmalt, Schwache Luftbewegung.

Für Montag, 27. Januar: Meist trübe oder neblig mit Niederschlägen; Temperatur kaum verändert oder abnehmend. Schwache Luftbewegung, später aufrischend und lebhaft in den Küstengebietern.

Für Dienstag, 28. Januar: Etwas kälter; bewölkt, vielfach bedeckt mit Niederschlägen. Meist schwache Winde, lebhaft in den Küstengebietern. Fröhe.

* [Feier des Geburtstages des Kaisers.] Der Kaiser hat betreffs der diesjährigen Feier seines Geburtstages bestimmt, daß die vorgeschriebene Armee-Trauer für den 27. Januar d. J. abgelegt werden soll und daß außerdem sowohl die in den Garnisonen üblichen Paraden, als auch die Festessen der Officiere — diese jedoch ohne Musik — sowie die Spelungen der Mannschaften stattfinden dürfen. Dagegen sollen die für den fraglichen Tag etwa sonst in Aussicht genommenen Luftfahrten bis nach Ablauf der Landestrauer verschoben werden.

* [Regelbau in der Marienkirche.] An dem großen Orgelwerk der hiesigen St. Marienkirche haben sich neuerdings bedeutende Schäden herausgestellt, deren Beseitigung eine umfangreiche Reparatur erfordert. Zu den auf 12 000 Mk. veranschlagten Kosten derselben sind der Gemeinde nun ertheiliger Weise 8000 Mk. als Geschenk überwiesen worden, und zwar von dem Comité für die früheren hiesigen Symphonie-Concerte, in dessen Verwaltung sich die gedachte Summe als Bestand aus den Concertunternehmungen der letzten Jahreszahl befand.

Geegport) grobe 4,12 1/2 4,15 JAL, extra grobe 4,50 JAL,

1914